



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 6. Juni 1993

Sibylle Hardmeier, Wolf Linder

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär»	1 124 893 44.7%	1 390 812 55.3%
Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»	1 074 661 42.8%	1 435 744 57.2%
Stimmberechtigte Stimmbeteiligung	4 559 258 54.9%	



**Universität
Bern**

Forschungsinstitut der Schweizerischen Gesellschaft
für praktische Sozialforschung, Büro Bern,
Bärenplatz 2, 3011 Bern, Telefon 031 311 08 06
Hauptsitz: Zürichstr. 107, 8134 Adliswil, 01 709 11 11

Forschungszentrum für schweizerische Politik,
Uni Tobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern 9,
Telefon 031 631 83 31

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen und Wahlen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Adliswil/Bern) verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern.

MitarbeiterInnen

GfS-Forschungsinstitut

Projektleitung: Claude Longchamp

Sekretariat: Liliana Leins, Liselotte Müller

EDV/Datenbank: Jürg Wild

Feldchef: Carlo Frühbauer

Forschungszentrum für schweizerische Politik

Leitung: Prof. Dr. Wolf Linder

Autorin: Sibylle Hardmeier

Satz und Druck

Satzart AG, Bern

Benteli AG, Bern

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 60.– (Ausland: Fr. 70.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 20.– (Ausland: Fr. 25.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 1992) können für Fr. 500.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Zürichstr. 107, 8134 Adliswil, Tel: 01/ 709 11 11, Fax: 01/ 709 11 09

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Hardmeier, Sibylle; Linder, Wolf: Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. Juni 1993. VOX Nr. 49, GfS und Forschungszentrum für schweizerische Politik, Adliswil/Bern 1993

Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hgg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, Adliswil 1977 ff.

17. Jahrgang, © by GfS und Forschungszentrum für schweizerische Politik

Auflage: 1250 Exemplare

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1. 1 Vorgeschichte	4
1. 2 Die effektiven Resultate in Kantonen und Gemeinden	4
1. 3 Problemstellung	6
2. Die Ausgangslage	6
2. 1 Wahrnehmungen	6
2. 2 Entscheidzeitpunkt	11
2. 3 Werthaltungen	12
2. 4 Zwischenbilanz	13
3. Das Stimmverhalten	14
4. Entscheidungsmotive der Einzelnen	18
4. 1 Entscheidungsmotive bei der Kampfflugzeug-Initiative	18
4. 2 Entscheidungsmotive bei der Waffenplatz-Initiative	20
5. Argumente der Kampagnen	22
5. 1 Argumente zur Kampfflugzeug-Initiative	23
5. 2 Argumente zur Waffenplatz-Initiative	25
6. Die Stimmbeteiligung und Mobilisierung	28
6. 1 Das Beteiligungsprofil	28
6. 2 Die Ausschöpfung des Potentials	29
6. 3 Die Mobilisierungswirkung der Vorlage	31
Methodischer Steckbrief	32
Hauptergebnisse	33

1. Einleitung

1.1 Vorgeschichte

Die zwei Volksinitiativen, über die am 6. Juni 1993 abgestimmt wurde, sind zugleich Folge und Ursache einer langen und zum Teil hitzigen politischen Debatte.

Ende 1989 – die Auseinandersetzung um die GSoA-Initiative «für eine Schweiz ohne Armee» war gerade im vollen Gange – wurde die Gruppe ARNA (Aktionsgruppe zur Rettung von Neuchlen-Anschwilen) ins Leben gerufen. Ein Jahr später reichte sie die Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» mit rund 118'000 gültigen Unterschriften ein. Materiell enthielt die Initiative drei Forderungen: Erstens das Verbot der Neuerichtung oder Erweiterung militärischer Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätze. Mit dieser Forderung war zweitens eine Rückwirkungsklausel für den Waffenplatz von Neuchlen-Anschwilen verbunden, dessen Bau damit verhindert werden sollte. Drittens verlangte die Initiative die Gleichstellung von militärischen mit zivilen Anlagen bei der Gesetzgebung über Umwelt, Raumplanung und Baupolizei bei Bund und Kantonen.

Die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» enthält eine einzige Forderung: Der Bund beschafft zwischen dem 1. Juni 1992 und 31. Dezember 1999 keine neuen Kampfflugzeuge. Konkret richtete sich das Moratorium der Kampfflugzeugbeschaffung gegen den von den Räten beschlossenen und seit 1985 evaluierten Kauf von 34 Flugzeugen des Typs FA-18. Die Initiative stiess auf ein historisch einmaliges Echo. Innert Monatsfrist unterzeichneten über 500'000 Personen (über 10 Prozent der Stimmberechtigten) das von der GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) formulierte Anliegen.

Die politische Spannung stieg, als seit März 1993 diverse Meinungsumfragen Chancen für die Initiativen anzeigten. Mit dem Entscheid, am Wochenende vom 6. Juni allein über die zwei Volksinitiativen abstimmen zu lassen, waren die Weichen für eine armee- oder sicherheitspolitische Debatte gestellt. Der offizielle Kommentar zu den zwei Volksbegehren im Abstimmungsbüchlein lautete nun: Die beiden Initiativen verhindern «eine zeitgemässe Landesverteidigung». Der Abstimmungskampf – im Gegensatz zur EWR-Abstimmung diesmal breit koordiniert – machte daraus den Slogan «Armee-Abschaffung in Raten». Entsprechend einheitlich fiel der Parolenspiegel aus.

1.2 Die effektiven Abstimmungsergebnisse in Kantonen und Gemeinden

Eine Analyse der Kantonsresultate zur Abstimmung vom 6. Juni¹ offenbart deutliche Parallelen zu bisherigen militärpolitischen Abstimmungen: Im Lager der armeefreundlichen Kantone befinden sich die Kantone der Zentral- und Ostschweiz sowie das Wallis. Der Block der armee-

1 Für eine ausführliche Analyse vgl. Ladner, Andreas, Die Volksabstimmung vom 6. Juni 1993 über die Volksinitiativen «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» und «40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär». Eine Analyse der Gemeinderesultate, Zusammenfassung, in: BfS aktuell, 17 Politik, Juli 1993.

Table 1.1: Ergebnisse der Volksabstimmung vom 6. Juni 1993

Kanton	Kampfflugzeuginitiative Ja in %	Waffenplatzinitiative Ja in %
Zürich	44.0	46.2
Bern	39.5	41.7
Luzern	32.0	34.1
Uri	25.2	28.3
Schwyz	33.7	34.3
Obwalden	25.2	26.7
Nidwalden	22.5	25.3
Glarus	33.7	34.9
Zug	36.3	39.6
Freiburg	47.7	50.3
Solothurn	41.0	44.0
Basel-Stadt	58.5	60.2
Basel-Land	51.5	52.9
Schaffhausen	43.0	42.1
Appenzell A. Rh.	39.8	37.4
Appenzell I. Rh.	30.3	29.0
St. Gallen	41.0	39.8
Graubünden	40.0	41.1
Aargau	33.1	34.4
Thurgau	36.7	34.3
Tessin	55.2	56.6
Waadt	47.0	50.3
Wallis	40.5	41.5
Neuenburg	47.5	52.2
Genf	58.4	63.5
Jura	69.5	73.3
Schweiz	42.8	44.7
<i>Standardabweichung</i>	11.2	11.9

Quelle: NZZ, 7. Juni 1993

kritischen Kantone setzt sich aus dem Jura, Basel-Stadt, Genf, Basel-Land, Neuenburg sowie dem Tessin zusammen. Innerhalb dieses bekannten kantonalen Musters zeichnete sich am 6. Juni ein deutlicher Trend ab:

Die Streuung der Resultate widerspiegelt eine zunehmende Polarisierung. Während die Standardabweichung bei der Abstimmung über die GSoA-Initiative «für eine Schweiz ohne Armee» noch 7.3 betrug, ist sie im Juni 1993 auf 11.2 bzw. 11.9 angestiegen. Auch die Differenz zwischen der stärksten Zustimmung und der stärksten Ablehnung ist markant angestiegen. Betrug sie in den letzten Jahren durchschnittlich 32 Prozentpunkte, so ist sie am 6. Juni auf 47 bzw. 48 Prozentpunkte angestiegen. Der Kanton Jura nahm die Kampfflugzeug-Initiative mit 69.5, die Waffenplatz-Initiative mit 73.3 Prozent Ja-Stimmen an. Beim Kanton Nidwalden lag die Zustimmung noch gerade bei 22.5 bzw. 25.3 Prozent. Auch zwischen den Sprachregionen akzentuiert sich das unterschiedliche Stimmverhalten.

1. 3 Problemstellung

Erste Kommentare und Analysen waren sich in der Interpretation des Abstimmungsergebnisses einig: Bei der Abstimmung vom 6. Juni über die Volksinitiativen «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» und «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» handelte es sich in erster Linie um ein Plebiszit über die Zukunft der Schweizer Armee. Die gegnerische Seite folgerte daraus, dass das Nein einem Vertrauensvotum für die Schweizer Armee gleichkomme. Auf der befürwortenden Seite wurde hingegen die Ansicht vertreten, dass die Ja-Stimmenanteile auf ein Anwachsen des armeekritischen Lagers hindeuten würden.

Die vorliegende VOX-Analyse geht der Frage nach, wie weit die Interpretation «Plebiszit für oder gegen die Armee» zulässig ist oder nicht. Gleichzeitig fragt sie nach weitergehenden Interpretationen und zieht Vergleiche zu bisherigen militärpolitischen Abstimmungen. Mit einem leicht revidierten Fragebogenkonzept hebt sie dabei die Stärken einer direkten Befragung der Stimmenden oder Stimmberechtigten besonders hervor und untersucht die Wahrnehmungen, Motive und Argumente der Befragten. Damit können auch plausible Schlüsse zur Wirkung der politischen Kampagne gezogen werden.

2. Die Ausgangslage

2. 1 Wahrnehmungen

In einem ersten Schritt haben wir die Befragten mit einem zentralen Argument aus dem Abstimmungskampf konfrontiert: «Die beiden Initiativen wollen nichts anderes als die Abschaffung der Armee in Raten, denn sie zielen auf zwei wichtige Pfeiler der Landesvertei-

digung: Ausrüstung und Ausbildung.» Die Antworten zeigen: Dieses Argument polarisiert und geht mit einem sehr gegensätzlichen Stimmverhalten einher:

- 52 Prozent der Stimmberechtigten sind mit dieser Einschätzung einverstanden. Unter den Teilnehmenden unterstützen 57 Prozent die zitierte Aussage, 37 Prozent sind nicht einverstanden; die Übrigen sind unentschieden oder haben keine Meinung. Für die Abstimmung entscheidend ist, dass diese Wahrnehmung das Stimmverhalten deutlich bestimmt. Das Zusammenhangsmass belegt einen starken Zusammenhang (Cramer's $V = 0.57$): Unter denjenigen, die sich mit der Behauptung einverstanden erklären, die beiden Initiativen würden die Abschaffung der Armee in Raten bezwecken, verwerfen deutliche Mehrheiten beide Initiativen (77 bzw. 78 Prozent).
- Das Nein zu den Initiativen kann deshalb durchaus als Votum *für die Armee* interpretiert werden. Etwas schwieriger ist es indessen, das Ja als eindeutigen Entscheid *gegen die Armee* zu deuten. Als harte Armeegegner und -gegnerinnen können jene bezeichnet werden, welche das Argument der Armeeabschaffung teilen und gleichzeitig ja stimmen. Das sind lediglich 23 Prozent bei der Kampfflugzeug-Initiative und 22 Prozent bei der Waffenplatz-Initiative. Deshalb ist einzig der Schluss zulässig, dass jene, die das Argument «Armeeabschaffung in Raten» nicht überzeugt, grösstenteils zu den Ja-Stimmenden gehören. Die Ja-Stimmenanteile betragen in dieser Gruppe 82 bzw. 81 Prozent.
- Gleichzeitig zeigt sich, dass zwischen den zwei sachpolitisch unterschiedlichen Initiativen kaum Wahrnehmungsunterschiede bestehen. Die Antwortmuster fallen für beide Initiativen nahezu identisch aus – auch bei jenen, die sich mit der zitierten Aussage nicht einverstanden erklären können. Es gibt also kaum Befragte, welche die Behauptung für die eine Initiative gelten, für die andere jedoch nicht gelten lassen wollen.

Mit dem erklärten Ziel der gegnerischen Kampagne, die Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung zu stellen, wurde auch die Wahrnehmung der aktuellen sicherheitspolitischen Lage zentral. Wir haben deshalb die Befragten mit folgender Aussage konfrontiert: «Nach dem Ende des Kalten Krieges ist die traditionelle, militärische Bedrohung massiv gesunken. Wir müssen die Chance nutzen und eine Denkpause in der Sicherheitspolitik einlegen.» Die Schweiz zeigt sich auch hier gespalten: 50 Prozent der Stimmberechtigten oder 49 Prozent der UrnengängerInnen erklären sich mit der zitierten Aussage einverstanden. Wiederum scheint die Wahrnehmung vor allem für die gegnerische Seite verhaltensrelevant zu sein. Von jenen, die dieser Einschätzung nicht zustimmen, sagen 89 bzw. 87 Prozent nein zu den Initiativen. Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Situation ist zwar auch bei den Ja-Stimmenden eindeutig, aber etwas weniger stark verhaltensrelevant. In der Gruppe, die dem Argument zustimmt, stimmen 76 bzw. 74 Prozent ja.

Aufgrund dieser grundsätzlichen Wahrnehmungen erstaunt es kaum, dass dem Urnengang vom 6. Juni eine grosse Bedeutung auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene zugeschrieben wird. Eindeutige Mehrheiten der Befragten finden, dass beide Initiativen von grosser oder sehr grosser Bedeutung sind. Dabei gilt es allerdings zu unterscheiden: Erstens ist die gesamtgesellschaftliche Bedeutung in beiden Fällen höher. Und zweitens wird der Kampfflugzeug-Initiative die grössere Bedeutung zugeschrieben. 79 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass ihr auf gesamtgesellschaftlicher Ebene eine grosse bzw. sehr grosse Bedeutung

Tabelle 2.1: Bedeutung der beiden Initiativen vom 6. Juni 1993 für das Land und für die Person

Bedeutung	Kampfflugzeug-Initiative		Waffenplatz-Initiative	
	für Land	für Person	für Land	für Person
Sehr klein (0,1)	4	14	3	15
Klein (2,3,4)	7	15	13	19
Mittel (5)	10	11	13	11
Gross (6,7,8)	41	29	43	30
Sehr gross (9,10)	38	31	28	26

Frageform:

a) «Können Sie mir sagen, welche Bedeutung Ihrer Ansicht nach die Abstimmung über die Waffenplatz-Initiative (bzw. Initiative gegen neue Kampfflugzeuge) für unser Land hatte? Nennen Sie mir eine Zahl zwischen 0 und 10. 0 bedeutet überhaupt keine Bedeutung, 10 sehr grosse Bedeutung.»

b) «Sprechen wir jetzt von der Bedeutung, welche diese Abstimmung für sie persönlich hatte. Sagen Sie mir bitte anhand derselben Karte, welche Bedeutung für Sie persönlich die Abstimmung über die Waffenplatz-Initiative (bzw. Initiative gegen neue Kampfflugzeuge) hatte? Nennen Sie mir eine Zahl zwischen 0 und 10. 0 bedeutet überhaupt keine Bedeutung, 10 sehr grosse Bedeutung.»

Die Zahlen in Klammern geben die ursprünglichen Codes wieder.

Quelle: VOX-Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

zukomme. Immer noch 60 Prozent messen ihr auch eine grosse bzw. sehr grosse persönliche Bedeutung bei.

Auf das Stimmverhalten hat indessen nur die Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Initiativen einen signifikanten Einfluss (Cramer's $V = 0.26$). Für beide Initiativen gilt: Je grösser die Bedeutung aus der Sicht der Stimmenden, desto niedriger der Ja-Stimmenanteil. Von denjenigen, welche der Ansicht sind, dass der Abstimmung über die Waffenplatz-Initiative eine sehr grosse gesamtgesellschaftliche Bedeutung zukomme, gehören 68 Prozent zum Nein-Lager. Bei der Kampfflugzeug-Initiative liegt der Anteil bei 63 Prozent. Offenbar geht diese Bedeutungszuschreibung mit der sicherheitspolitischen Wahrnehmung Hand in Hand. Wer der Meinung ist, die beiden Initiativen verfolgten die Abschaffung der Armee in Raten und die sicherheitspolitische Situation lasse keine Denkpause zu, misst beiden Initiativen eine überdurchschnittlich grosse Bedeutung zu und lehnt deshalb eher ab.

Auch die Frage nach der inhaltlichen Beschreibung der zwei Initiativen liefert einen Einblick in die Wahrnehmungen der Befragten und damit die Wirkung der Kampagne. Bei beiden Initiativen zeigen sich deutliche Tendenzen:

Die Wahrnehmung der Initiative «für eine Schweiz gegen neue Kampfflugzeuge» steht unter einem klaren Motto: Verhinderung und Moratorium. 52 Prozent aller Nennungen verweisen auf den Verhinderungsaspekt der Initiative und halten dafür, dass es um den Entscheid über Beschaffung oder Nicht-Beschaffung von Kampfflugzeugen geht. Wenn dabei der konkrete

Tabelle 2.2: Wahrnehmungen der Kampfflugzeug-Initiative

Teilaspekte der Vorlage	Teilnahme Urnengang		Stimmabgabe Teilnehmende	
	ja	nein	ja	nein
	Nennungen in %			
<i>Beschreibung der ganzen Vorlage</i>	7	2	7	9
<i>Verhinderungaspekt</i>				
- (Gegen) Kauf des FA-18	27	34	30	24
- (Gegen) Kauf von neuen Kampfflugzeugen	21	26	22	21
<i>Moratoriumsaspekt</i>	21	13	23	20
<i>Kosten</i>	8	5	7	8
<i>Schlagworte aus dem Abstimmungskampf</i>	14	14	10	18
<i>Andere, richtige Beschreibungen</i>	1	2	2	1
<i>Weiss nicht, überfordert</i>	0	4	0	0
<i>Total Nennungen</i>	904	297	390	496
<i>(Mehrfachnennungen möglich)</i>	100%	100%	100%	100%

Lesebeispiel: Unter den Nennungen der Teilnehmenden fallen 7% in die Rubrik «Beschreibung der ganzen Vorlage». Unter den Nicht-Teilnehmenden sind es 2% und bei den Ja- und Nein-Stimmenden 7% bzw. 9%.

Quelle: VOX-Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

vom Parlament beschlossene Typ FA-18 deutlich häufiger erwähnt wird, so wird die Verhinderungsperspektive noch offensichtlicher. Nicht-UrnengängerInnen, Ja-Stimmende sowie die Anhängerschaften von SPS und GPS erwähnen diesen Aspekt überdurchschnittlich. Auch unter den Nein-Stimmenden prägt der Verhinderungaspekt die Wahrnehmung. Das bedeutet, die Identifikation mit einer Verhinderung der Kampfflugzeuge gilt sowohl für die Ja- als auch die Nein-Stimmenden.

Besonders die Ja-Stimmenden erwähnen daneben den Moratoriumsaspekt der Initiative überdurchschnittlich oft. Dies gilt vor allem im Vergleich mit den Nicht-UrnengängerInnen, die zwar die Verhinderung des FA-18 hervorheben, bei der Erwähnung des Moratoriumsaspekts jedoch unterdurchschnittlich vertreten sind.

Im Vergleich viel seltener sind Nennungen, welche die Kosten der Beschaffung aufführen. Auch wenn weitere vereinzelte Stimmen (5 Prozent aller Nennungen) mit Schlagworten aus dem Abstimmungskampf auf die finanzielle Dimension aufmerksam machen, so zeigt sich deutlich: Die Vorlage wird kaum aus der finanzpolitischen Perspektive wahrgenommen. Viel eher noch prägen Schlagworte aus dem Abstimmungskampf die Beschreibungen der Antwortenden. Wobei diese vor allem bei den Nein-Stimmenden stark vertreten sind. Der grösste

Tabelle 2.3: Wahrnehmungen der Waffenplatz-Initiative

Teilaspekte der Vorlage	Teilnahme Urnengang		Stimmabgabe Teilnehmende	
	ja	nein	ja	nein
	Nennungen in %			
<i>Teil I der Initiative (Bau/ Erweiterung von Übungs- und Waffenplätzen)</i>				
- (Gegen), keine neue Waffenplätze	29	38	31	26
- Beschränkung auf 40 Waffenplätze;	13	12	15	10
- Keine Modernisierung, Erweiterung	11	11	9	13
- Weder Neubau noch Ausbau	5	4	3	7
<i>Teil III der Initiative (Neuchlen- Anschwilen, Rückwirkung)</i>				
- Gegen Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen	7	3	7	7
- Andere	3	1	2	4
<i>Teil II der Initiative (Gleichstellung militärische und zivile Anlagen)</i>				
	3	0	4	2
<i>Wiederholung des Vorlagentitels</i>	17	11	17	18
<i>Schlagworte aus dem Abstimmungskampf</i>	5	2	5	6
<i>Andere, richtige Beschreibungen</i>	2	1	2	2
<i>Weiss nicht, diffuse, unzutreffende</i>	7	17	7	6
<i>Total Nennungen</i>	904	297	390	496
<i>(Mehrfachnennungen möglich)</i>	100%	100%	100%	100%
Quelle: VOX-Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993				

Anteil Nennungen fällt hier in die Rubrik «Armeeabschaffung» (3 Prozent), andere wiederum verweisen auf die Sicherung von Arbeitsplätzen oder geben an, dass es bei der Vorlage um die Existenz der Flugwaffe ging.

Die Wahrnehmung der Waffenplatz-Initiative ist geprägt vom Begrenzungsaspekt, also dem ersten Teil der Initiative. Zwischen 36 und 46 Prozent aller Antworten beziehen sich auf diesen Punkt. Zudem wird er auch von jenen hervorgehoben, die einfach den Vorlagentitel wiederholen (zwischen 11 und 18 Prozent). Denn der erste Teiltitel «40 Waffenplätze sind genug» wird genau doppelt so oft zitiert wie der zweite Initiativtitel «Umweltschutz auch beim Militär». Damit zeichnet sich ein deutlicher Trend ab: Der Umweltschutzaspekt der Initiative bleibt kaum in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten und Stimmenden verhaftet. Auch unter den Ja-Stimmenden ist dieser Aspekt marginal vertreten. Sie nennen nicht einmal das Schlagwort «Umweltschutz auch beim Militär» signifikant häufiger als die Nein-Stimmenden.

Tabelle 2.4: *Rückerinnerte Zeitpunkte der definitiven Entscheidung bei der Abstimmung vom 6. Juni 1993*

Zeitpunkt	FA-18	Waffenplatz	GSoA 1989	EWR 1992	Finanzordnung 1991
	%	%	%	%	%
In der letzten Woche	7	7	-	-	-
1 bis 2 Wochen vorher	14	14	-	-	-
3 bis 7 Wochen vorher	19	20	-	-	-
8 Wochen und mehr	9	9	-	-	-
War schon immer klar	50	50	65	43	32

Bemerkung: Antwortverweigerungen und Unentschiedene sind nicht berücksichtigt.

Quelle: VOX-Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

2.2 Entscheidzeitpunkt

Meinungsbildung erfolgt immer im komplexen Wechselspiel zwischen Prädispositionen der Stimmberechtigten und der eigentlichen Abstimmungskampagne. Wenn wir feststellen, dass die Abstimmung vom 6. Juni auch einem Grundsatzentscheid für oder gegen die Armee gleichkam, stellt sich die Frage: Ist dieser Charakter der Abstimmung eher auf eine hohe Prädisposition oder eher auf den Effekt der Kampagne zurückzuführen?

Zur Erhebung der Vorbestimmtheit einer Abstimmungsvorlage eignet sich vor allem die Frage nach dem Entscheidzeitpunkt. Für die Hälfte der Befragten war bei beiden Initiativen der Entscheid von Beginn weg klar. Umgekehrt haben sich jeweils 7 Prozent in der letzten Woche vor dem Abstimmungswochenende entschieden. Weitere 14 Prozent der Entscheide fallen in die eigentlich heisse Phase des Abstimmungskampfes 1 bis 2 Wochen vor dem Termin. In dieser sowie der vorhergehenden Phase haben sich vor allem die brieflich Stimmenden entschieden.

Vergleicht man diese Werte mit der Abstimmung über die GSoA-Initiative über die Abschaffung der Armee, fällt eine deutlich geringere Prädisponiertheit auf. Obwohl beide Abstimmungstermine unter dem Motto «Abschaffung der Armee» standen, war das Stimmverhalten am 6. Juni deutlich weniger vorbestimmt. Gerade hier ist der Effekt der Kampagne zu vermuten: Während bei der GSoA-Initiative von Beginn weg klar war, dass es um die Abschaffung der Armee ging, aktualisierte sich die Interpretation «Abschaffung in Raten» erst während der früh einsetzenden Kampagne, entsprechend geringer ist die Vorbestimmtheit der Haltungen.

Zwischen Entscheidzeitpunkt und materiellem Stimmverhalten besteht indessen kein signifikanter Zusammenhang. Aufgrund der vorhandenen Daten kann also kein unterschiedliches Stimmverhalten je nach Phase der Kampagne nachgewiesen werden. Höchstens bei der FA-18-

Initiative lässt sich eine leichte, aber nicht signifikante Tendenz feststellen, wonach die Entscheide in der eigentlichen Kampagnenphase in den Wochen 1 bis 7 vor dem Termin eher zum Nein tendieren.

Hingegen besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Entscheidzeitpunkt und dem Geschlecht (Cramer's $V = 0.14$ bzw. 0.16). Weibliche Stimmberechtigte entscheiden sich öfters als männliche Stimmbürger in der letzten Woche oder in den zwei Wochen vor dem Abstimmungstermin. In der Gruppe jener, für die der Entscheid schon immer klar war, sind Männer und Frauen aber wieder gleich stark vertreten.

2. 3 Werthaltungen

Je mehr aus einer Sachabstimmung ein Grundsatzentscheid wird, desto eher wird auch an verankerte Werthaltungen appelliert. Wir haben deshalb in einem letzten Schritt die Werthaltung der Stimmberechtigten bezüglich der schweizerischen Armee erfasst. Die Befragten wurden gebeten, anhand einer Skala mit den Werten zwischen 1 und 6 anzugeben, ob sie sich eine Schweiz mit einer starken Armee oder eine Schweiz ohne Armee wünschen. Die Befragung liefert folgende Resultate: Die durchschnittliche Nennhäufigkeit in der 6er-Skala liegt beim Skalenwert 3. Am meisten Befragte (28 Prozent) wählen den Wert 1 und geben damit an, dass sie sich eine Schweiz mit einer starken Armee wünschen. Bilden wir aus dieser Skala eine Typologie, so kann geschlossen werden, dass 28 Prozent der Stimmberechtigten über eine Werthaltung verfügen, die sich eine Schweiz mit einer starken Armee wünscht, 16 Prozent der Stimmberechtigten orientieren sich an einem Leitbild ohne Armee und 56 Prozent bilden die Mischgruppe. Im Vergleich mit anderen Befragungsdaten kann damit – auch bei unterschiedlicher Fragestellung – kaum von einem grossen Anstieg der harten armeekritischen Stimmen ausgegangen werden².

Das Stimmverhalten steht in eindeutigen Zusammenhang mit der armeepolitischen Werthaltung (Cramer's $V = 0.65$). Unter jenen, die sich an einem Gesellschaftsbild mit einer starken Armee orientieren, verwerfen 92 Prozent beide Initiativen. Auch jene, die sich in der Werthaltungsskala bei Wert 2 einordnen, gehören mit einer Verwerfungsquote von 75 Prozent noch zu den deutlichen Gegnern. Für den Ausgang der Abstimmung sind diese zwei Gruppen von zentraler Bedeutung, denn sie machen bereits 48 Prozent der materiell Stimmenden aus.

Umgekehrt klettert der Ja-Stimmenanteil bei jenen, die sich eindeutig an einem Gesellschaftsbild ohne Armee orientieren, auf 86 bzw. 85 Prozent. Die logistische Regression, mit der die Wahrscheinlichkeit eines Ja oder Nein bestimmt werden kann, verdeutlicht diesen Zusammenhang zwischen Werthaltung und Stimmverhalten besonders anschaulich: Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand, der sich in der Skala bei Wert 1 einstuft, ja stimmt, beträgt bei der Kampfflugzeug-Initiative nur gerade 12 Prozent, bei der Waffenplatz-Initiative 13 Prozent. Wer sich umgekehrt auf der Skala bei Wert 6 einordnet, nimmt beide Initiativen höchstwahrscheinlich

2 Vgl. zum Beispiel: Riklin, Alois/ Eugster, Markus, Verteidigung, UNIVOX, IV B-92, GfS und IPW, Adliswil 1993. Danach sind im Januar 1993 66% - wieder gleichviel wie 1990 - der Meinung, die Schweiz brauche eine Armee.

Tabelle 2.5: Das Stimmverhalten bei den beiden Initiativen vom 6. Juni 1993 in Abhängigkeit der armeetypischen Werthaltung

Stimmverhalten	starke Armee				ohne Armee		Cramer's V
	1	2	3	4	5	6	
<i>Kampfflugzeug-Initiative:</i>							
Ja in %	8	25	61	72	86	86	0.66
Nein in %	92	75	39	28	14	14	
(n)	(223)	(104)	(93)	(88)	(63)	(116)	
<i>Waffenplatz-Initiative:</i>							
Ja in %	8	26	62	72	82	85	0.65
Nein in %	92	75	38	28	18	15	
(n)	(225)	(106)	(95)	(87)	(62)	(117)	
Bemerkung: Nicht berücksichtigt werden Antwortverweigerungen und Unentschiedene.							
Quelle: VOX-Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993							

an; die Wahrscheinlichkeit beträgt nämlich 93 bzw. 92 Prozent. Insgesamt erklärt allein die Werthaltung knapp 40 Prozent der Varianz im Stimmverhalten bei beiden Initiativen³.

Bei dieser eindeutigen Polarisierung sind zur Interpretation des Abstimmungsergebnisses vor allem auch jene Personen von Bedeutung, die sich in der Werthaltungsskala eher in der Mitte (Werte 3 und 4) einstufen. Deren Stimmverhalten lässt zweierlei Schlüsse zu:

- Obwohl sie mehrheitlich die Initiativen unterstützen, verstehen sie sich selbst kaum als harte Armeegegner und -gegnerinnen. Ihr Stimmverhalten deutet deshalb darauf hin, dass neben dem Grundsatzentscheid auch andere, sachpolitische Motive verhaltensrelevant waren.
- Die Minderheit in dieser Gruppe, die nein zu den beiden Initiativen sagt, ist entscheidend für die effektive Nein-Mehrheit beim Abstimmungsausgang.

2. 4 Zwischenbilanz

Der Befund, dass es sich bei der Abstimmung vom 6. Juni 1993 um einen Grundsatzentscheid für oder gegen die Armee handelte, ist in weiten Teilen zulässig. Plausibel ist diese Interpretation insbesondere für die Nein-Stimmenden und die extremen politischen Positionen:

- Die Angaben über den Entscheidzeitpunkt der Stimmberechtigten lassen für den Effekt der Kampagne einen ersten Schluss zu: Im Vergleich zur Abstimmung über die GSoA-Initiative

3 Die Berechnung erfolgt trotz der dichotomen abhängigen Variable mittels einer einfachen OLS-Schätzung. Das adjusted R² steht für die erklärte Varianz. Im Vergleich zur logistischen Regression ergeben sich keine wesentlichen Unterschiede.

vom November 1989 war für deutlich weniger Befragte der Entscheid von Beginn weg klar. Wenn es dennoch in weiten Teilen zu einer Grundsatzdebatte kam, dann war dies zu einem guten Teil das Resultat der gegnerischen Kampagne.

- Die Argumente des Abstimmungskampfs, die beiden Initiativen würden die Abschaffung der Armee in Raten bezwecken und die sicherheitspolitische Situation erlaube eine Denkpause, spalten die Schweiz. Die entsprechende Wahrnehmung ist dabei vor allem für die Nein-Stimmenden verhaltensrelevant. Ihr Nein kann als *Plebiszit für die Armee* interpretiert werden. Wenn sie die erste Argumentation teilen, verwerfen sie die beiden Vorlagen mit 77 bzw. 78 Prozent. Umgekehrt ist ein Ja nicht zwingend als *Plebiszit gegen die Armee* interpretierbar.
- Entsprechend einem Grundsatz-Entscheid werden armeepolitische Werthaltungen verhaltensrelevant. Allerdings gilt das vor allem für die Extreme. Ins Gewicht fällt deshalb die Gruppe, die sich in der Werthaltungsskala eher in der Mitte einordnet. Sie stimmen mehrheitlich ja. Dies verhilft zwar zu keiner Ja-Mehrheit, zeigt jedoch, dass die Abstimmung nicht nur als Grundsatz-Entscheid für oder gegen die Armee interpretiert werden darf. Es haben auch Stimmende die zwei Initiativen unterstützt, die sicher nicht als harte ArmeegegnerInnen bezeichnet werden können.

3. Das Stimmverhalten

Die bisherigen VOX-Analysen⁴ haben gezeigt: Im Stimmverhalten bei armeepolitischen Vorlagen bestehen typische Polarisierungsmuster, so dass eindeutige politische und gesellschaftliche Kontrastgruppen identifiziert werden können. Demnach gehören zur eher armeefreundlichen Gruppe Personen mit einer Bindung zur SVP, FDP oder CVP, mit einer rechten politischen Orientierung, politisch Integrierte sowie ältere und deutschsprachige Stimmberechtigte. Die eher armeekritische Gruppe setzt sich aus der Anhängerschaft von SPS und GPS, Personen mit einer linken Orientierung, eher schwach Integrierten sowie jungen und nicht-deutschsprachigen Stimmberechtigten zusammen. Darüber hinaus bestehen auch häufig Konfliktlinien entlang der Bildung, dem Geschlecht und der Siedlungsstruktur.

Die Abstimmung vom 6. Juni bringt diesbezüglich keine grossen Überraschungen. Weitgehend sind dieselben Konfliktlinien auszumachen. Allein diese Konstanz der Polarisierung deutet wiederum auf ein von Grundeinstellungen geleitetes Stimmverhalten hin. Da gleichzeitig das Stimmverhalten bei beiden Initiativen nahezu deckungsgleich ist, wird auf eine separate Darstellung verzichtet.

Besonders stark kontrastieren die politischen Merkmale: Mitglieder oder SympathisantInnen der SVP, FDP oder CVP, auf der Links-Rechts-Achse Rechtsstehende oder Mitglieder bzw. SympathisantInnen einer rechtsbürgerlichen Organisation wie AUNS, Trumpf Buur oder Pro Libertate und Personen mit Vertrauen in die Landesregierung verwerfen die Initiativen mit mindestens 67 Prozent Nein oder mehr. Umgekehrt gehört zu den BefürworterInnen, wer über

⁴ Vgl. VOX-Analysen der eidgenössischen Urnengänge, 4. Dez. 1977, 26. Feb. 1984, 5. April 1987, 6. Dez. 1987, 26. Nov. 1989, 2. Juni 1991, 17. Mai 1992.

Tabelle 3.1: Das Stimmverhalten nach politischen Merkmalen bei der Abstimmung vom 6. Juni 1993

Merkmal/Kategorie	% Ja-Stimmen		Cramer's V	
	Kampfflugzeug (n)	Waffenplatz (n)	Kampf- flugzeug	Waffen- platz
Total effektiv	43	45		
Total VOX	47 (705)	47 (711)		
<i>Parteibindung</i>				
FDP/LPS	17 (90)	15 (92)	0.44	0.43
SPS	81 (106)	78 (108)		
CVP/CSP	27 (60)	30 (60)		
SVP	16 (45)	13 (44)		
GPS**	96 (23)	96 (23)		
Keine Partei	49 (158)	49 (159)		
<i>Links/Rechts-Orientierung</i>				
Ganz rechts**	33 (18)	22 (18)	0.48	0.47
Rechts	17 (170)	17 (171)		
Mitte	40 (237)	39 (237)		
Links	78 (166)	74 (170)		
Ganz links**	97 (29)	100 (29)		
Keine Position	49 (79)	56 (80)		
<i>Friedensbewegung</i>				
Mitglieder/SympathisantInnen	82 (178)	77 (182)	0.41	0.37
Beitritt unvorstellbar	35 (502)	35 (504)		
<i>Rechtsbürgerliche Organisationen</i>				
Mitglieder/SympathisantInnen	30 (54)	22 (55)	0.10	0.15
Beitritt unvorstellbar	49 (626)	49 (631)		
<i>Vertrauen in die Regierung</i>				
Vertrauen	28 (261)	26 (264)	0.31	0.33
Weder/noch	50 (133)	51 (134)		
Kein Vertrauen	62 (311)	62 (313)		
<i>Politisches Interesse</i>				
Sehr interessiert	38 (185)	37 (191)	0.11	0.14
Eher interessiert	49 (361)	48 (360)		
Eher nicht interessiert	53 (131)	53 (130)		
Überhaupt nicht interessiert**	50 (24)	65 (26)		

* Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief im Anhang. Das Zusammenhangsmass wird nur bei Signifikanz ($p < 0.05$) ausgewiesen.

** Die mit ** gekennzeichneten Kategorien sind als Tendenz zu interpretieren, da die Anzahl Antworten keine quantitativen Schlüsse zulässt.

(n): Anzahl Befragte

Quelle: VOX-Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

eine Parteibindung zur GPS oder SPS verfügt, sich politisch linksstehend einstuft, Mitglied oder SympathisantIn der Friedensbewegung ist. In diesen Personengruppen beträgt der Ja-Stimmenanteil mindestens 78 Prozent. Daneben stimmen auch politisch weniger stark Interessierte – Personen mit wenig Vertrauen in die Regierung und mit geringem politischen Interesse – überdurchschnittlich oft ja.

Ausgeprägte Polarisierungen im Schema der politischen Orientierungen bedeuten auch:

- Je polarisierter das Stimmverhalten, desto entscheidender ist die Gruppe jener, die parteiungebunden und politisch in der Mitte einzuordnen sind. Unter den Parteiungebundenen bewegte sich der Ja-Stimmenanteil mit jeweils 49 Prozent im schweizerischen Mittel. Die politische Mitte lag mit 39 Prozent für die Kampfflugzeug-Initiative und 40 Prozent für die Waffenplatz-Initiative und deutlich unter dem Durchschnitt.
- Die deutliche Polarisierung geht einher mit einer nahezu geschlossenen Befolgung der Parolen der politischen Elite. Das heisst, Elite-Basis-Konflikte blieben weitgehend aus. Auf der gegnerischen Seite von FDP, SVP und CVP beträgt der Geschlossenheitsgrad mindestens 70 Prozent. Umgekehrt ist auch bei der GPS die Unterstützung beider Initiativen mit je 96 Prozent Ja-Stimmen beinahe einhellig. Die Ja-Stimmenanteile unter der SPS-Anhängerschaft bewegen sich zwischen 81 Prozent für die Kampfflugzeug-Initiative und 78 Prozent für die Waffenplatz-Initiative.
- Polarisierung findet vor allem auf der sicherheitspolitischen Ebene statt. Sogar bei der Waffenplatz-Initiative prägt die Mitgliedschaft oder Sympathie zur Friedensbewegung (Cramer's $V = 0.37$) das Stimmverhalten stärker als die Zugehörigkeit zu einer Organisation der Umweltbewegung (Cramer's $V = 0.27$).

Bei den gesellschaftlichen Merkmalen bestehen die stärksten Konfliktlinien entlang der Häufigkeit des Kirchgangs, dem Alter und den Eigentumsverhältnissen. Alle drei Merkmale – sowie die Dauer der Ortsansässigkeit – zeigen die Bedeutung der gesellschaftlichen Integration für das Stimmverhalten auf. Je ausgeprägter diese ist, desto kritischer die Haltung gegenüber den beiden Initiativen. Wobei das Merkmal Eigentum auch auf das Bedürfnis der Verteidigung materieller Güter verweist. Gleichzeitig verweisen Gegensätze zwischen Altersgruppen, Typen des Kirchgangs sowie zwischen städtischen und ländlichen BewohnerInnen nochmals auf die im vorhergehenden Kapitel besprochenen Wertkonflikte hin. Ältere Stimmberechtigte, ländliche Gegenden sowie häufige KirchgängerInnen umschreiben ein eher traditionelles Milieu.

Während die Bildung sowie die berufliche Stellung beim Urnengang vom 6. Juni keinen oder nur geringen Einfluss auf das Stimmverhalten ausübten, gilt es, auf ein eher seltenes geschlechtsspezifisches Stimmverhalten hinzuweisen. Im Gegensatz zur Abstimmung über die GSoA-Initiative ist am 6. Juni eine signifikante Differenz zwischen den Geschlechtern von 11 bzw. 12 Prozentpunkten nachzuweisen: Eine hauchdünne – aufgrund des Stichprobenfehlers jedoch nicht gesicherte – Mehrheit der Frauen hat beide Initiativen angenommen. Diese Differenz erinnert in ihrem Ausmass an die Abstimmung über das Rüstungsreferendum; bei der Rothenthurm-Initiative war der Gegensatz sogar noch ausgeprägter (14 Prozentpunkte; Cramer's $V = 0.15$). Dieser geschlechtsspezifische Unterschied ist nur beschränkt in Zusammen-

Tabelle 3.2: Das Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen bei der Abstimmung vom 6. Juni 1993

Merkmal/Kategorie	% Ja-Stimmen	%Ja-Stimmen	Cramer's V	
	Kampfflugzeug (n)	Waffenplatz (n)	Kampf- flugzeug	Waffen- platz
Total VOX	47 (705)	47 (711)		
<i>Geschlecht</i>				
Männer	43 (397)	43 (401)	0.09	0.08
Frauen	52 (308)	51 (310)		
<i>Alter</i>				
18-29jährig	50 (131)	50 (131)	0.20	0.19
30-39jährig	58 (174)	57 (177)		
40-49jährig	51 (144)	50 (144)		
50-59jährig	43 (109)	43 (108)		
60-69jährig	33 (77)	29 (79)		
70 und älter	29 (65)	31 (67)		
<i>Eigentumsverhältnisse</i>				
Hauseigentum	38 (311)	37 (314)	0.17	0.17
Miete/ Pacht	55 (383)	54 (385)		
<i>Sprachzugehörigkeit</i>				
Deutschschweiz	44 (519)	43 (525)	0.10	0.11
Westschweiz/ Tessin	55 (186)	56 (186)		
<i>Siedlungsart</i>				
Grossstädte	55 (219)	54 (221)	0.13	0.13
Klein- u. Mittelstädte	49 (205)	49 (210)		
Land	40 (281)	39 (280)		
<i>Kirchgang</i>				
Häufig	33 (177)	31 (172)	0.24	0.24
Selten	49 (447)	49 (449)		
Nie	78 (63)	77 (62)		
(n): Anzahl Befragte				
Quelle: VOX-Analyse der eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993				

hang mit der grundsätzlichen armeetpolitischen Werthaltung zu bringen. Die folgenden Kapitel zeigen jedoch, dass Frauen bei der sachpolitischen Argumentation zum Teil andere Schwerpunkte setzen.

4. Entscheidungsmotive der Einzelnen

4.1 Entscheidungsmotive bei der Kampfflugzeug-Initiative

Die Argumentationspalette der Gegnerschaft zur Initiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» ist relativ breit. Die Reihenfolge der Motivgruppen widerspiegelt dabei ziemlich klar die Argumentationslinie des gegnerischen Abstimmungskampfes: Sicherheit, Modernisierung, gegen die GSoA/für die Armee und für Arbeitsplätze.

Tabelle 4.1: Entscheidungsmotive der Nein-Stimmenden bei der Kampfflugzeug-Initiative

Nein-Motive	Nennungen in % (n=490)
<i>Sicherheitspolitische Motive</i>	37
- Armee braucht Luftwaffe	14
- Glaubwürdige Armee	9
- Lage Europa	5
- Luftschild	5
<i>Armeepolitische Motive</i>	22
- Veraltet, moderne Waffen	16
<i>Gefühlsmässige, undifferenzierte und taktische Motive</i>	19
- Schlagkräftige Armee	10
- Gegen GSoA	4
<i>Wirtschaftspolitische Motive</i>	14
- Arbeitsplätze	11
<i>Diverse Motive, unzutreffende Motive</i>	8

Lesebispiel: 37% der Entscheidungsmotive der Nein-Stimmenden entfallen in die Rubrik «Sicherheitspolitische Motive». Diese Motivgruppe setzt sich aus Nennungen in bezug auf «Armee braucht Luftwaffe» (14%), «Glaubwürdige Armee» (9%), «Lage Europa» und «Luftschild» (je 5%) sowie 4% diversen, nicht aufgeführten Nennungen zusammen.

Bemerkungen: Antwortverweigerungen und Unentschiedene werden nicht aufgeführt.

Quelle: VOX-Analyse zur eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

Die Nein-Stimmenden folgen der Argumentation des Bundesrates, wenn sie die Sicherheitspolitik mit 37 Prozent aller Nennungen in den Vordergrund rücken. Dabei halten 14 Prozent dafür, dass eine Armee ohne funktionierende Flugwaffe nicht auskomme oder nicht glaubwürdig sei (9 Prozent der Nennungen). Zudem sei in der instabilen, aktuellen Situation in Europa (5 Prozent) sowie für den Schutz der Zivilbevölkerung und der Bodentruppen ein Luftschild (5 Prozent der Nennungen) unerlässlich.

Die am zweitstärksten vertretene Gruppe nimmt eine weitere Argumentationslinie des gegnerischen Komitees auf und reagiert auf das Schlagwort «Modernisierung». 16 Prozent aller

Nennungen machen darauf aufmerksam, dass die bestehende schweizerische Flugwaffe veraltet und der Kauf von modernen Waffen angezeigt sei. Differenzierte Argumentationen, die den FA-18 als Ersatz der veralteten Hunter hervorheben, sind indessen eher selten.

Die dritte – immer noch grosse – Gruppe begründet ihren Entscheid gefühlsbetont und eher undifferenziert. Dabei kommt nochmals die Schlagkraft der Schweizer Armee sowie die grundsätzliche Gegnerschaft zur GSoA zur Sprache.

14 Prozent der Nennungen verweisen vor allem auf wirtschaftspolitische Motive und speziell auf die Argumentation, der Kauf der Flugzeuge sichere Arbeitsplätze. Dieses Argument fand vor allem auch bei den Parteiungebundenen (19 Prozent) und den Nein-Stimmenden im Alter zwischen 18 und 29 Jahren (18 Prozent) Anklang.

Die spontanen Beweggründe zum Nein unterscheiden sich in der lateinischen und deutschen Schweiz kaum. Die stärkste Differenz tritt bei den armeetpolitischen Argumenten auf. Offenbar kümmern sich die französisch- und italienischsprachigen Stimmenden weniger (19 Prozent) um die konkrete Ausrüstung der Luftwaffe als die DeutschschweizerInnen (23 Prozent).

Für die Ja-Stimmenden kann die VOX-Analyse drei Motivgruppen festhalten:

Mit 47 Prozent aller Nennungen stehen die finanzpolitischen Begründungen des Stimmentscheids eindeutig an erster Stelle. Dabei findet eine Mehrheit (19 Prozent) die Beschaffung einfach zu teuer. Andere wiederum wollen das für den Kauf bestimmte Geld für andere Belange ausgegeben (10 Prozent aller Nennungen). Einige präzisieren diese Sichtweise und vertreten die Ansicht, dass das Geld für Ausgaben im sozialen Bereich verwendet werden sollte. Deutlich übervertreten in dieser Motivgruppe sind die französisch- und italienischsprachigen Stimmenden: Bei ihnen fallen 52 Prozent der Nennungen in diese Kategorie, während der Anteil in der deutschen Schweiz 45 Prozent beträgt.

Die zweite Gruppe nennt eher undifferenzierte und gefühlsbetonte Beweggründe, die zum Teil mit der finanzpolitischen Sichtweise deckungsgleich sind: 15 Prozent der Nennungen stellen die Notwendigkeit der Beschaffung generell in Frage; 4 Prozent der Antworten wünschen grundsätzlich andere Prioritäten auf der politischen Traktandenliste.

An dritter Stelle stehen die auch im Abstimmungskampf eher selten vertretenen sicherheitspolitischen Motive (18 Prozent aller Nennungen). Dabei wird die verteidigungspolitische Wirksamkeit des FA-18 in Frage gestellt oder argumentiert, dass andere Verteidigungsmittel sinnvoller seien. Insgesamt lässt die geringe Vertretung sicherheitspolitischer Motive auf der Befürworterseite folgenden Schluss zu: Den InitiantInnen ist es kaum gelungen, der sicherheitspolitischen Argumentation der Gegnerschaft ein alternatives, überzeugendes Konzept gegenüberzustellen.

Mit der Evaluation dieser Motivgruppen sind auch die Parallelen zur Abstimmung über das Rüstungsreferendum im April 1987 festgehalten. Auffällig ähnlich sind die Begründungen der Ja-Stimmenden. Wie bereits 1987 bilden nicht armee-kritische, sondern finanzielle Bedenken das wichtigste Unterstützungspotential der Initiative. Dies ist gleichzeitig der wichtigste Hinweis dafür, dass neben dem Grundsatzentscheid auch sachpolitische Überlegungen beim Entscheid eine Rolle spielten.

Tabelle 4.2: Entscheidungsmotive der Ja-Stimmenden bei der Kampfflugzeug-Initiative

Ja-Motive	Nennungen in % (n=478)
<i>Finanzpolitische Motive</i>	47
- Zu teuer	19
- Geld für andere Belange	10
- Geld für soziale Ausgaben	5
- Sparen, Defizit beim Bund	6
<i>Gefühlsmässige, undifferenzierte und taktische Motive</i>	27
- Keine Notwendigkeit	15
- Gegen Armee generell	5
- Andere Prioritäten	4
<i>Sicherheitspolitische Motive</i>	18
- Wirksamkeit	6
- Andere Verteidigungsmittel	3
<i>Diverse Motive</i>	8

Bemerkungen: Antwortverweigerungen und Unentschiedene werden nicht aufgeführt.
Quelle: VOX-Analyse zur eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

4. 2 Entscheidungsmotive bei der Waffenplatz-Initiative

Bei den Motiven der Nein-Stimmenden zeigt sich ein deutliches Muster. Die spontan genannten Beweggründe umfassen lediglich zwei Motivgruppen: Mit 72 Prozent aller Nennungen überwiegen armeetpolitische und gefühlsmässige, undifferenzierte Motive. Alle anderen Entscheidungsmotive sind von geringerer Bedeutung. Dieses Motivationsmuster widerspiegelt einen eindeutigen Erfolg der gegnerischen Kampagne.

An erster Stelle stehen mit 47 Prozent aller Nennungen die armeetpolitischen Motive. Die Nein-Stimmenden übernehmen damit eine zentrale Argumentationslinie der gegnerischen Seite und halten fest, dass Modernisierungen von Waffenplätzen notwendig (24 Prozent) und Ausbildungs- und Übungsplätze (13 Prozent) unverzichtbar sind. Diese wehrpolitische Perspektive ist in der deutschen Schweiz mit 50 Prozent der Nennungen stark vertreten; in der lateinischen Schweiz ist diese Argumentation mit 35 Prozent der Nennungen von geringerer Bedeutung. Die Nein-Stimmenden in der Romandie und im Tessin verweisen dafür stärker auf die sicherheitspolitische Situation (19 Prozent).

An zweiter Stelle stehen eher gefühlsmässige und undifferenzierte Motive (25 Prozent aller Nennungen), die eine grundsätzlich armeetfreundliche Haltung offenlegen: 12 Prozent der Nennungen machen deutlich, dass ein Nein ein Ja für eine schlagkräftige und leistungsstarke Schweizer Armee bedeutete. In weiteren 5 Prozent der Motive wird das Nein als politischen Hieb gegen die «Gruppe Schweiz ohne Armee» deklariert.

Tabelle 4.3: Entscheidungsmotive der Nein-Stimmenden bei der Waffenplatz-Initiative

Nein-Motive	Nennungen in % (n=520)
<i>Armeepolitische Motive</i>	47
- Moderne Waffenplätze	24
- Ausbildungs-, Übungsplätze	13
<i>Gefühlsmässige, undifferenzierte und taktische Motive</i>	25
- Schlagkräftige Armee	12
- Gegen GSoA	5
<i>Sicherheitspolitische Motive</i>	9
<i>Finanz- und wirtschaftspolitische Motive</i>	7
<i>Umweltpolitische Motive</i>	4
<i>Diverse, unzutreffende Motive</i>	8

Bemerkungen: Antwortverweigerungen und Unentschiedene werden nicht aufgeführt.
Quelle: VOX-Analyse zur eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

Die Argumentationspalette der Ja-Stimmenden ist mit drei ausgeprägten Motivgruppen etwas breiter als diejenige der Gegnerschaft. Die Rangfolge bleibt indessen gleich: An erster und zweiter Stelle stehen armeepolitische bzw. gefühlsbetonte Motivationen, erst an dritter Stelle steht die umweltpolitische Motivgruppe.

Mit 37 Prozent aller Nennungen steht die Gruppe, die armeepolitisch argumentiert, an erster Stelle. Betrachtet man die Begründungen im einzelnen fällt auf, dass es analog zur inhaltlichen Wahrnehmung wieder der Begrenzungsaspekt ist, den die Ja-Stimmenden ins Feld führen. 30 Prozent aller Nennungen enthalten Aussagen wie «vierzig Waffenplätze sind wirklich genug». Weitere 6 Prozent machen darauf aufmerksam, dass die Begrenzung der Waffenplätze im Gleichschritt mit der Verkleinerung der Armee im Rahmen der Armeereform gehe.

Eine zweite Gruppe – 28 Prozent aller Nennungen – begründete ihren Entscheid gefühlsbetont, tendenziell armeekritisch. Dabei wird die Notwendigkeit von Waffenplätzen generell oder von Neuchlen-Anschwilen in Frage gestellt (11 Prozent). Weitere 9 Prozent der Nennungen legen ein grundsätzliches armeekritisches Potential offen.

Mit 17 Prozent aller Nennungen stehen umweltpolitische Motive zur Initiative, die in ihrem Titel «Umweltschutz auch beim Militär» trug, erst an dritter Stelle. Besonders hervorgehoben wird dieser Aspekt von der Anhängerschaft der GPS (22 Prozent) sowie den Stimmenden in der deutschen Schweiz.

Trotz inhaltlicher Nähe zur Rothenthurm-Initiative von 1987 ergibt sich damit bei den Entscheidungsmotiven eine ganz anders gelagerte Argumentationspalette: Armeepolitische Argumente lieferten mit Abstand – auch bei den Ja-Stimmenden – die wichtigsten Entscheidungsgrundlagen; Aspekte des Naturschutzes blieben demgegenüber marginal. Die Gruppe, die

Tabelle 4.4: Entscheidungsmotive der Ja-Stimmenden bei der Waffenplatz-Initiative

Ja-Motive	Nennungen in % (n=466)
<i>Armeepolitische Motive</i>	37
- 40 sind wirklich genug	30
- Armee reform, weniger Waffenplätze	6
<i>Gefühlsmässige, undifferenzierte und taktische Motive</i>	28
- Keine Notwendigkeit	11
- Gegen Armee	9
- Prioritäten anders setzen	5
<i>Umweltpolitische Motive</i>	17
- Umweltschutz auch beim Militär	6
- Gegen Landverschleiss/Landknappheit	2
- Landschaftsschutz in Neuchlen-Anschwilen	2
<i>Finanzpolitische Motive</i>	10
- Weniger Militärausgaben	5
- Andere	5
<i>Sicherheitspolitische Motive</i>	2
<i>Diverse, unzutreffende Motive</i>	6

Bemerkungen: Antwortverweigerungen und Unentschiedene werden nicht aufgeführt.
Quelle: VOX-Analyse zur eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

zugunsten einer modernen Armee argumentierte und in der Abstimmung zur Rothenthurm-Initiative unterlag, gelangte 1993 zu einer komfortablen Mehrheit. Stichworte wie «Moderne Waffenplätze und Ausbildung» fanden besonderen Anklang.

5. Argumente der Kampagnen

Der Argumententest gibt einen weiteren Einblick in die Einstellungen der Stimmenden. Grundsätzlich erhärten sich dabei die Erkenntnisse, die aus den spontan genannten Motiven gezogen wurden, und wie beim Stimverhalten ist auch die Zustimmung zu Pro- und Kontra-Argumenten von den Parteibindungen der Befragten geprägt. Das bedeutet:

- Die Zustimmung zu Kontra-Argumenten ist bei den Anhängerschaften von FDP, SVP und CVP immer überdurchschnittlich; jene zu den Pro-Argumenten hingegen bei den Anhängerschaften von GPS und SPS. Mit diesem Muster geht eine signifikante Polarisierung entlang der Links-Rechts-Achse einher.
- Eher überraschende Zustimmungsraten finden sich bei den Parteungebundenen und Nicht-UrnengängerInnen. So erklären sich jeweils Mehrheiten der Nicht-UrnengängerInnen zwi-

schen 64 und 71 Prozent bei der Waffenplatz-Initiative bzw. zwischen 53 und 65 Prozent bei der Kampfflugzeug-Initiative mit den jeweiligen Pro-Argumenten einverstanden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass bei den Nicht-Teilnehmenden ein befürwortendes Potential der Initiativen – vor allem der Waffenplatz-Initiative – verloren ging, zumal Einverständnis und selbst-deklariertes potentiell stimmverhalten relativ konsistent sind. Demnach hätten Mehrheiten der Nicht-Teilnehmenden, die sich mit den Pro-Argumenten einverstanden erklärten, wohl auch bei einer Teilnahme mit Ja gestimmt.

5. 1 Argumente zur Kampfflugzeug-Initiative

Alle drei Argumente der Kontra-Seite finden bei den Nein-Stimmenden deutliche Unterstützungen zwischen 85 und 87 Prozent. Von Bedeutung ist, dass in den allermeisten Fällen mit dem Einverständnis zum jeweiligen Argument tatsächlich ein Nein zur Initiative einhergeht: Die Prozentanteile liegen zwischen 82 und 90 Prozent. Offensichtlich überzeugen die gegnerischen Argumente die Nein-Stimmenden nicht nur, sondern sind auch verhaltensrelevant. Das gilt ganz besonders für das Argument, der FA-18 sei das richtige Flugzeug für die schlagkräftige Verteidigung der Schweiz im schlimmsten Fall. Es vermochte am meisten Nein-Stimmende zu mobilisieren. Von jenen, welche dieses Argument unterstützen, stimmen 90 Prozent nein. Die sicherheitspolitische Argumentationslinie, die von einem schlimmsten Fall ausging, war möglicherweise vor dem Hintergrund des Jugoslawienkonflikts besonders überzeugend.

Gleichzeitig motivierte auch die Idee der Bewahrung der politischen und militärischen Unabhängigkeit besonders stark zu einem Nein. In der Gruppe, welche dem Argument zustimmt, dass die Schweiz mit einer starken Flugwaffe ihre militärische und politische Unabhängigkeit in Europa bewahre, stimmen 89 Prozent nein. Nachdem im Abstimmungskampf umstritten war, ob der FA-18 zur Verteidigung der Unabhängigkeit oder als Eintrittspreis in ein militärisches Bündnis zu gelten habe, zeigt der Argumententest, dass das Nein auch isolationistisch motiviert war. Diesen Befund bestätigen die Antwortverhältnisse zum Argument Nr. 4. Zwar erklären sich 59 Prozent der Stimmberechtigten damit einverstanden, dass eine sinnvolle Verteidigung des Luftraums nur noch mit den europäischen Nachbarländern realisiert werden kann. Aber das Einverständnis mit dieser Aussage ist viel weniger verhaltensrelevant: In der Gruppe, die Einverständnis erklärt, stimmen schliesslich 54 Prozent ja und 46 Prozent nein. Zudem zeigen die Ausprägungen nach einzelnen Merkmalen, dass die im Argument formulierte Sichtweise wenig profiliert ist. Entgegen dem Trend der parteipolitischen Polarisierungen stimmen hier sowohl die Anhängerschaften des rot-grünen Lagers (mit 74 bzw. 71 Prozent) als auch die SympathisantInnen der SVP (53 Prozent), der FDP und CVP (je 60 Prozent) mehrheitlich zu.

Das stärkste Argument der Pro-Seite ist das finanzpolitische. 55 Prozent der Stimmberechtigten, 65 Prozent der Nicht-UrnengängerInnen und 91 Prozent der Ja-Stimmenden stimmen der Aussage zu, «angesichts der leeren Bundeskasse sind die 3,5 Milliarden Franken für 34 Flugzeuge eine ungeheure Verschwendung». Diese Sichtweise motivierte ausgeprägt stark zum Ja. Unter den UrnengängerInnen, die einverstanden sind, unterstützen 83 Prozent die Initiative auch effektiv an der Urne. Zwei Punkte gilt es dabei besonders hervorzuheben:

Tabelle 5.1: Bewertung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Kampfflugzeug-Initiative

Pro- und Kontra-Argumente		Einver-	Nicht ein-	keine
		standen	verstanden	Angaben
Angaben in Zeilenprozent				
1) «Die Beteiligung an der Produktion des FA-18 und an den Ausgleichsgeschäften ist für die Schweizer Industrie von Bedeutung, weil sie in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit Tausende von Arbeitsplätzen schafft.»	<i>Total</i>	54	37	9
	<i>Ja</i>	21	70	9
	<i>Nein</i>	87	10	3
	<i>Abw.</i>	47	38	16
2) «Mit einer starken Flugwaffe bewahrt die Schweiz ihre politische und militärische Unabhängigkeit in Europa»	<i>Total</i>	48	47	6
	<i>Ja</i>	13	83	4
	<i>Nein</i>	87	10	3
	<i>Abw.</i>	38	51	11
3) «Es gibt weltweit keine Armee, die auf eine moderne Luftwaffe verzichten will; der FA-18 ist das richtige Flugzeug für die schlagkräftige Verteidigung unseres Landes im schlimmsten Fall.»	<i>Total</i>	45	43	12
	<i>Ja</i>	10	81	9
	<i>Nein</i>	85	8	7
	<i>Abw.</i>	34	47	19
4) «Eine sinnvolle Verteidigung des Luftraums kann nur noch mit den europäischen Nachbarländern realisiert werden.»	<i>Total</i>	59	28	13
	<i>Ja</i>	71	17	12
	<i>Nein</i>	53	39	8
	<i>Abw.</i>	55	25	20
5) «Angesichts der leeren Bundeskasse sind die 3,5 Milliarden Franken für 34 Kampfflugzeuge eine ungeheure Verschwendung. Dieses Geld können wir für dringlichere Anliegen gebrauchen.»	<i>Total</i>	55	39	6
	<i>Ja</i>	91	7	2
	<i>Nein</i>	17	78	5
	<i>Abw.</i>	65	25	10
6) «Es gibt sinnvollere Investitionen in Armee und Verteidigung unseres Landes als der FA-18; ich will eine glaubwürdige Landesverteidigung ohne neue Kampfflugzeuge.»	<i>Total</i>	44	45	11
	<i>Ja</i>	75	17	8
	<i>Nein</i>	13	80	7
	<i>Abw.</i>	53	32	15

Lesebeispiel: Unter den befragten Stimmberechtigten (Total) stimmen 54% der Aussage zu, dass die Beteiligung an der Produktion des FA-18 und an den Ausgleichsgeschäften Tausende von Arbeitsplätzen schafft. Von den Nein-Stimmenden pflichten 87 Prozent bei; bei den Ja-Stimmenden sind 70 Prozent nicht einverstanden. Die Nicht-UrnengängerInnen (Abw.) stimmen mit 47 Prozent zu.

Bemerkung: Abweichungen vom Total (100%) ergeben sich aufgrund von Rundungen.

Quelle: VOX-Analyse zur eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

- Erstens fällt das überdurchschnittlich hohe Einverständnis bei den Nicht-UrnengängerInnen ins Gewicht. Denn auch sie hätten mehrheitlich, zu 84 Prozent, an der Urne ein Ja abgegeben. Damit lag bei der finanzpolitischen Argumentation ein wichtiges, unausgeschöpftes Potential der Kampfflugzeug-Initiative.
- Zweitens ist das finanzpolitische Argument auch bei jener Gruppe überdurchschnittlich stark vertreten, die sich in der armeepolitischen Werthaltungsskala eher in der Mitte einordnet (Skalenwert 3 und 4). Das Einverständnis liegt hier um 25 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Die mittlere Position in bezug auf die Werthaltung liess sich also vor allem über das finanzpolitische Argument zum Ja motivieren.

Weniger stark verankert ist die Argumentationslinie des Pro-Komitees «Ja zur Armee – Nein zum FA-18», welches die Position vertrat: «Eine glaubwürdige Landesverteidigung ohne neue Kampfflugzeuge». 44 Prozent der Stimmberechtigten stimmen dieser Sichtweise zu, 45 Prozent lehnen ab. Auch unter den Ja-Stimmenden ist das Argument mit 75 Prozent deutlich weniger prominent vertreten als die finanzpolitische Begründung. Dafür ist Haltung ebenso konsistent mit dem Abstimmungsverhalten. Unter den Einverständenen beträgt das Stimmenverhältnis Ja:Nein zur Initiative 83:17 Prozent.

Neben den parteipolitischen Konfliktlinien sind bei den Argumenten zur «Initiative gegen neue Kampfflugzeuge» Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Sprachregionen hervorzuheben:

- Weibliche Stimmberechtigte unterstützen die sicherheitspolitische, gegnerische Argumentationslinie weniger stark als Männer. Zustimmungsraten von 52 bzw. 50 Prozent bei den männlichen Stimmberechtigten zu Argument Nr. 2 und 3 stehen Raten von 44 bzw. 40 Prozent bei den Frauen gegenüber. Umgekehrt unterstützen Frauen stärker die Pro-Argumente Nr. 5 und 6. Ihre Anteile liegen hier bei 61 bzw. 51 Prozent, während die Zustimmung bei den Männern jeweils um mehr als 10 Prozentpunkte tiefer liegt (50 bzw. 38 Prozent).
- Ein ganz ähnliches Muster ergibt sich beim Merkmal «Sprachregion». Die Angehörigen der lateinischen Schweiz unterstützen sicherheitspolitische, gegnerische Argumente signifikant unterdurchschnittlich, hingegen Pro-Argumente überdurchschnittlich. Dabei gilt es hervorzuheben, dass die von der Arbeitslosigkeit besonders geplagte lateinische Schweiz, die wirtschaftspolitische Argumentationslinie der Initiativ-Gegnerschaft weniger teilt. Beträgt in der deutschen Schweiz die Zustimmung zum Argument, daß der FA-18 Tausende von Arbeitsplätzen schaffe, 57 Prozent, so sinkt sie in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz auf 45 Prozent. Entsprechend teilen letztere eher die Ansicht, dass der Kauf der 34 Kampfflugzeuge einer Verschwendung gleichkomme, nämlich mit 59 Prozent gegenüber den DeutschschweizerInnen mit 53 Prozent.

5. 2 Argumente zur Waffenplatz-Initiative

In einer geschlossenen Frage testeten wir zwei Argumente der gegnerischen Seite. Dabei war wiederum die Argumentation mit dem Schlagwort «Modernisierung» besonders attraktiv. 87 Prozent der Nein-Stimmenden schliessen sich der Aussage an, die Initiative verhindere eine

sinnvolle Modernisierung der militärischen Ausbildung. Besonderen Anklang findet dieses Argument bei der Anhängerschaft der SVP (84 Prozent) und der FDP (77 Prozent); Parteiungebundene bewegen sich mit 51 Prozent Einverständnis etwa im Mittel.

Die Argumentation, Neuchlen-Anschwilen sei ein dringender Ersatz für die Kaserne von St. Gallen, erscheint im Vergleich dazu etwas weniger attraktiv. 76 Prozent der Nein-Stimmenden stimmen zu. Bei sämtlichen Stimmberechtigten, den Nicht-UrnengängerInnen sowie den Antwortenden aus der lateinischen Schweiz und den Frauen liegt die Unterstützung deutlich unter der 50%-Marke. In der lateinischen Schweiz finden sich noch 25 Prozent Zustimmung; bei den Frauen sind es 30 Prozent. Dafür findet die Sichtweise besondere Unterstützung in den Kantonen der Ostschweiz. Hier sind 58 Prozent der Ansicht, dass Neuchlen-Anschwilen ein dringend notwendiger Ersatz für die Kaserne von St. Gallen sei.

Von Bedeutung für das Abstimmungsergebnis ist: Zwischen Einverständnis mit diesen zwei Modernisierungs-Argumenten und dem Stimmverhalten an der Urne besteht ein hoher Grad an Konsistenz. Ähnlich wie bei der Kampfflugzeug-Initiative liegt die Stärke der gegnerischen Argumente nicht nur in der breiten Unterstützung, sondern in deren Verhaltensrelevanz: Wer sich mit den zwei Argumenten einverstanden erklärt, sagt fast immer auch nein. Beim ersten Argument sind es 82 Prozent, beim zweiten sogar 93 Prozent.

Unter den Argumenten der Pro-Seite kristallisiert sich wiederum der Verhinderungsaspekt als besonders attraktiv heraus. 93 bzw. 83 Prozent der Ja-Stimmenden erklären mit ihrer Zustimmung, dass sie den Bau des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen bzw. die Zerstörung intakter Lebensräume durch das Militär verhindern wollen. Überdurchschnittlich unterstützt werden diese Argumente von Frauen sowie Stimmberechtigten im Alter zwischen 18 und 39 Jahren. Daneben zeigt sich, dass die französisch- und italienischsprachigen Stimmberechtigten wenig Begeisterung für einen Waffenplatz in der Ostschweiz hegen: 63 Prozent stimmen der Aussage zu, «mit dem Ja zur Initiative kann ich den Waffenplatz von Neuchlen-Anschwilen verhindern.» Das sind 13 Prozentpunkte mehr als in der deutschen Schweiz.

Mit dem Einverständnis zu diesen zwei Argumenten ist in den meisten Fällen ein Ja an der Urne gekoppelt. Aber:

- Die Konsistenz zwischen Einverständnis und Stimmverhalten ist im Vergleich zu den Nein-Stimmenden geringer, die Prozentanteile betragen 85 Prozent (Argument Nr. 3) und 70 Prozent (Argument Nr. 5).
- Die Zustimmung zum umweltpolitischen Argument, wonach die Initiative die Zerstörung intakter Lebensräume verhindere, bewegt also weniger geschlossen zum Ja (70 Prozent). Dieser Befund erhärtet sich beim Argument Nr.4, das den eigentlichen umweltpolitischen Kern der Initiative erfasst: Zwar ist das Einverständnis mit diesem Argument überdurchschnittlich hoch; 71 Prozent der Nicht-UrnengängerInnen, 56 Prozent der Nein-Stimmenden und Mehrheiten der Anhängerschaften von GPS, SPS, SVP, CVP und FDP erklären ihr Einverständnis. Aber dieses Einverständnis ist längst nicht immer verhaltensrelevant. Von den UrnengängerInnen, die sich einverstanden erklären, haben nur noch 59 Prozent ja zur Waffenplatz-Initiative gesagt. Trotz einem an und für sich mehrheitsfähigen Anliegen kommt es zu einem Nein. Als Erklärung dafür bieten sich die Kampagnengestaltung und deren

Tabelle 5.2: Bewertung von Pro- und Kontra-Argumenten zur Waffenplatz-Initiative

Pro- und Kontra-Argumente		Einver-	Nicht ein-	keine
		standen	verstanden	Angaben
Angaben in Zeilenprozent				
1) «Eine Armee muss sich immer den gegebenen Umständen anpassen können. Die Initiative verhindert aber eine sinnvolle Modernisierung der militärischen Ausbildung.»	<i>Total</i>	53	39	8
	<i>Ja</i>	23	71	6
	<i>Nein</i>	87	10	3
	<i>Abw.</i>	45	40	14
2) «Der Waffenplatz von Neuchlen-Anschwilen ist ein dringend notwendiger Ersatz für die Kaserne von St. Gallen.»	<i>Total</i>	37	45	18
	<i>Ja</i>	7	80	13
	<i>Nein</i>	76	12	12
	<i>Abw.</i>	21	48	31
3) «Es braucht keinen neuen Waffenplatz. Mit dem Ja zur Initiative kann ich den Waffenplatz von Neuchlen-Anschwilen verhindern.»	<i>Total</i>	54	40	6
	<i>Ja</i>	93	6	2
	<i>Nein</i>	14	82	4
	<i>Abw.</i>	65	23	13
4) «Es geht nicht an, dass für die Armee im Bereich Umwelt- und Landschaftsschutz Ausnahmestimmungen bestehen. Bau und Betrieb von militärischen Anlagen müssen deshalb unter die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung von Umwelt und Raumplanung gestellt werden.»	<i>Total</i>	71	21	8
	<i>Ja</i>	90	6	4
	<i>Nein</i>	56	48	6
	<i>Abw.</i>	71	14	15
5) «Das EMD ist einer der grössten Landbesitzer und -verbraucher in der Schweiz. Die Initiative verhindert, dass weitere noch intakte Lebensräume durch Waffen- und Schiessplätze zerstört werden.»	<i>Total</i>	57	34	9
	<i>Ja</i>	83	12	5
	<i>Nein</i>	31	63	6
	<i>Abw.</i>	64	21	14

Bemerkung: Abweichungen vom Total (100%) ergeben sich aufgrund von Rundungen.

Quelle: VOX-Analyse zur eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

inhaltliche Schwerpunkte an: Entweder haben Mehrheiten der Stimmenden dieses Argument gar nicht als wesentlichen Bestandteil der Initiative wahrgenommen, oder aber sie haben sich trotzdem gegen die Initiative gewandt. Im aktuellen Konflikt zwischen armee- und umweltpolitischen Anliegen entschlossen sie sich für die Armee.

6. Stimmbeteiligung und Mobilisierung

6.1 Das Beteiligungsprofil

Mehr als die Hälfte der schweizerischen Stimmberechtigten, 54,9 Prozent, nahmen an der Abstimmung vom 6. Juni 1993 teil. Vergleichen wir diese Stimmbeteiligung mit dem Durchschnitt der letzten Jahre von rund 40 Prozent, so ist sie als überdurchschnittlich zu qualifizieren. Die bekundete Beteiligung betrug in der VOX-Analyse 72 Prozent und lag damit wie gewohnt über dem effektiven Durchschnitt von 55 Prozent. Insgesamt haben 82 Prozent ihre Stimme an der Urne – persönlich oder durch Stellvertretung – abgegeben, 18 Prozent der Stimmenden machten von der Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe Gebrauch. In den Kantonen, die eine generalisierte Form der Stimmabgabe auf dem Korrespondenzweg kennen, kletterte der Anteil brieflich Stimmender auf 38 Prozent.

Unterschiedlich hohe Stimmbeteiligungen in der Schweiz lassen sich auf ein Phänomen zurückführen: den selektiven Urnengang. Rund 50 Prozent der Stimmberechtigten gehören in diese Gruppe und gehen nur gelegentlich zur Urne. Annähernd 30 Prozent zählen zu den regelmässigen UrnengängerInnen und die restlichen 20 Prozent gehen nie oder äusserst selten zur Urne. Untenstehende Tabelle zeigt, dass die Beteiligungsrate vom 6. Juni vor allem auf das Teilnahmeverhalten der selektiven UrnengängerInnen zurückzuführen ist: Für die zwei armeepolitischen Vorlagen konnten 67 Prozent der selektiv Teilnehmenden mobilisiert werden. Das sind 13 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt (54 Prozent). Daneben blieb die Mobilisierung von nie oder äusserst selten Teilnehmenden fast vollständig aus; der Anteil liegt sogar unter dem Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1991. Zum Vergleich: bei der Abstimmung über die Initiativen der GSa und «Pro Tempo 100/130» im November 1989 begaben sich 60 Prozent der sonst Nicht-Teilnehmenden an die Urnen, bei der Abstimmung über den EWR vom 6. Dezember waren es 62 Prozent. Dafür sind am 6. Juni die regelmässig Stimmenden überdurchschnittlich vertreten. Der Anteil von 97 Prozent deutet an, dass von diesen politisch integrierten Personen es sich fast niemand entgehen liess, seine Stimme zu den zwei Initiativen abzugeben.

Wenden wir uns nun den Teilnehmenden an der Abstimmung vom 6. Juni zu. Wer ging an die Urne, wer nicht? Zur Beantwortung dieser Frage stützt sich die VOX-Analyse wie gewohnt auf die sozialpsychologische und soziologische Perspektive. Bei der Teilnahme zum Urnengang vom 6. Juni fallen die Merkmale der politischen Integration und der subjektiven Einbindung besonders ins Gewicht. Je stärker sich die Stimmberechtigten mit einer politischen Partei verbunden fühlen und je mehr sie sich für die Politik im allgemeinen interessieren, desto eher gehen sie an die Urne. Im Fall der Abstimmung vom 6. Juni heisst das auch, dass die konkrete Parteibindung bei der Mobilisierung weniger ins Gewicht fiel als die Qualität der Parteibindung als solche: FDP, SPS, CVP und SVP mobilisierten ihre Anhängerschaften in nahezu gleich starkem Ausmass zwischen 81 (bei der FDP) und 84 Prozent (bei der SVP). Die Mobilisierung bei der GPS lag im Vergleich etwas tiefer bei 71 Prozent. Von den Parteungebundenen gingen noch 64 Prozent an die Urne.

Tabelle 6.1: *Beteiligung am Urnengang vom 6. Juni 1993 nach dem Typ der Stimmenden (in Prozent)*

Teilnahmetypologie	Mittel 1981-91	Armeevorlagen ^{a)}	6. Juni 1993
Regelmässig	91	91	97
Gelegentlich	54	61	67
Nie/ selten	11	19	7
	n= 44'303	n= 3'122	n= 974
a) Enthalten sind Abstimmungen über Armeevorlagen ohne die GSoA-Initiative, die eine speziell hohe Mobilisierung verzeichnete.			
Quelle: VOX-Datenbank der Partnerinstitute			

Wenn vor allem das allgemeine politische Interesse in Zusammenhang mit dem Teilnahmeverhalten steht, weist dies auch auf eine von den konkreten Vorlagen unabhängige Mobilisierungswirkung hin. In der Tat kann seit der EWR-Abstimmung im letzten Dezember ein Anstieg des politischen Interesses der Schweizer und Schweizerinnen nachgewiesen werden. Dieses hat sich im Juni 1993 auf dem im Vergleich hohen Niveau von 68 Prozent stabilisiert.

Betrachten man die Beteiligung aus der soziologischen Perspektive, so bestätigen sich die Resultate der bisherigen Forschung weitgehend. Bei weiblichen, jüngeren und betagten Stimmberechtigten sowie Personen mit einem tieferen Bildungsniveau und Angehörigen der nicht-deutschen Sprachregion besteht ein strukturelles Beteiligungsdefizit. Auch die unterdurchschnittliche Beteiligung von Nicht-Erwerbstätigen bestätigt die These, dass die Integration im Arbeitsprozess ähnlich wie die Bildung die Ressourcen für politische Teilnahme steigert.

6. 2 Die Ausschöpfung des Potentials

Bei der Frage, wer an die Urne ging, interessiert natürlich auch, wer nicht ging. Hätten sich die Nicht-UrnengängerInnen anders verhalten als die Stimmenden?

- Unsere Analyse zeigt, dass die Daheimgebliebenen zwar den Initiativen gegenüber positiver eingestellt sind als die Stimmenden (53 bzw. 55 Prozent Ja-Anteile bei der Kampfflugzeug- bzw. Waffenplatz-Initiative). Aufgrund der vorliegenden Daten kann aber eine Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse durch deren Beteiligung nicht nachgewiesen werden. Denn erstens lässt sich das Verhalten der Nicht-Teilnehmenden, die sich über ihr potentielles Stimmverhalten nicht äussern (16 und 17 Prozent), nicht einschätzen. Zweitens sind über die Marge des Stichprobenfehlers hinaus keine verlässlichen Angaben zu machen und drittens bleibt die Hürde des Ständemehrs zu berücksichtigen.
- Die gelegentlich, von Fall zu Fall Teilnehmenden haben in beiden Fällen – ähnlich wie die Nicht-Teilnehmenden – mehrheitlich ja gestimmt; bei der Kampfflugzeug-Initiative mit 55 Prozent, bei der Waffenplatz-Initiative mit 56 Prozent. Umgekehrt lag aber die Zustimmung

Tabelle 6.2: Das Beteiligungsprofil am Urnengang vom 6. Juni

Merkmal/Kategorie	% Beteiligung (N= Total Befragte)	(n)	Cramer's V
Total effektiv	54.9		
Total VOX	72	1003	
<i>Faktoren der politischen Integration:</i>			
<i>Qualität der Parteibindung</i>			
Stark verbunden	90	102	0.21
Ziemlich verbunden	79	123	
SympathisantIn	80	226	
Keine Bindung	64	529	
<i>Politisches Interesse</i>			
Sehr interessiert	92	213	0.34
Eher interessiert	77	472	
Eher nicht interessiert	57	235	
Überhaupt nicht interessiert	38	76	
<i>Faktoren gesellschaftlicher Unterschiede:</i>			
<i>Geschlecht</i>			
Männer	78	521	0.13
Frauen	66	482	
<i>Alter</i>			
18-29jährig	62	216	0.14
30-39jährig	77	232	
40-49jährig	75	195	
50-59jährig	77	146	
60-69jährig	79	104	
70 und älter	67	105	
<i>Schulbildung</i>			
Obligatorische Schulen	56	161	0.19
Sekundarstufe 2	73	599	
Tertiärstufe	83	234	
<i>Sprachzugehörigkeit</i>			
Deutsche Schweiz	76	700	0.12
Französische Schweiz	66	253	
Italienische Schweiz	60	50	
<i>Siedlungsart</i>			
Grossstädte	66	345	0.12
Klein- u. Mittelstädte	72	293	
Land	79	265	

* Ausgewiesen werden nur signifikante Merkmale ($p < 0.01$).

Quelle: VOX-Analyse zur eidg. Abstimmung vom 6. 6. 1993

bei den regelmässigen UrnengängerInnen jeweils deutlich unter dem in der Befragung erhobenen Durchschnitt von 47 Prozent. Die Prozentanteile von verwerfenden Stimmen zwischen 62 und 60 Prozent in dieser quantitativ starken Gruppe waren ausschlaggebend für den klar negativen Entscheid.

Die Reichweite der Medien entspricht dem üblichen Muster: Zur Beurteilung der Vorlagen wurden am meisten die Tageszeitungen benutzt (78 Prozent der Stimmberechtigten). Ebenfalls häufig genutzt wurden das Fernsehen (74 Prozent) und Radio (62 Prozent). Zu einer weiteren Gruppe von Informationsmitteln gehören das offizielle Bundesbüchlein (42 Prozent), LeserInnenbriefe in den Tageszeitungen (43 Prozent) sowie Inserate (40 Prozent). Deutlich weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten informierten sich schliesslich über Prospekte und Strassenplakate (29 bzw. 28 Prozent), Diskussionen und Veranstaltungen am Arbeitsplatz (17 Prozent) sowie Direct Mailing oder Standaktionen (11 bzw. 10 Prozent).

6. 3 Die Mobilisierungswirkung der Vorlagen

In den VOX-Analysen haben sich verschiedene Indikatoren zur Einschätzung der Mobilisierungswirkung von Vorlagen bewährt. Grundsätzlich scheinen objektive sowie subjektive Kompetenzen einerseits, und subjektive Anteilnahme andererseits besonders mobilisierend zu wirken.

In Kapitel 2 konnten wir bereits feststellen, dass sich die Inhalte zweier unkomplizierter Initiativen auf einige Gesichtspunkte reduzierten. Der VOX-Fragebogen hat wie üblich zwei weitere vorlagenspezifische Kompetenzen erhoben: Die Kenntnis der Abstimmungsvorlage und der Behörden- oder Bundesratsempfehlung. Diese minimalen Kenntnisse sind gut, aber nicht überragend. Die Kenntnis sowohl der Vorlagen-Titel (81 bzw. 79 Prozent der Stimmberechtigten) als auch der Behördenempfehlung (je 55 Prozent der Stimmberechtigten) ist geringer als bei den weniger spektakulären Vorlagen über den Treibstoffzoll und die Tierschutz-Initiative vom vergangenen März. Angesichts der Kampagnenintensität und der hohen Medienpräsenz ist vor allem auch die Erinnerung an die Behörden-Empfehlung überraschend tief. Dennoch fiel einer Mehrheit der Befragten die Entscheidungsfindung eher leicht. Die Entscheidungsschwierigkeit hat im Gegensatz zu den objektiven Kompetenzen einen signifikanten, jedoch wenig ausgeprägten Zusammenhang mit der Beteiligung ($\Phi = 0.13$).

Die überdurchschnittliche Mobilisierung ist deshalb eher auf die Effekte der subjektiven Anteilnahme zurückzuführen: Wer zum Beispiel der Abstimmung eine grosse Bedeutung für die eigene Person zuschreibt, geht signifikant eher zur Urne (Cramer's $V = 0.25$ bei beiden Vorlagen). Da die Zahlenverhältnisse bei beiden Initiativen nahezu identisch sind, werden hier nur jene für die Kampfflugzeug-Initiative wiedergegeben: Diejenigen, die der Abstimmung eine sehr kleine resp. kleine persönliche Bedeutung zuschreiben, nehmen mit 54 resp. 68 Prozent unterdurchschnittlich teil. Die Zuschreibung einer mittleren Bedeutung hat gerade eine durchschnittliche Teilnahme zur Folge. Hingegen nehmen jene, für die die Abstimmung eine grosse bzw. sehr grosse persönliche Bedeutung hat, überdurchschnittlich oft (79 bzw. 86 Prozent) teil. Subjektive Anteilnahme wurde aber auch über den Appell an verankerte Werthaltungen ausgelöst: Je ausgeprägter armeekritisch oder armeefreundlich die Werthaltung ist, desto eher

nimmt man teil. Allerdings mit einer wichtigen Nuance: Die Beteiligung ist bei jenen, die eine starke Armee wünschen, höher (83 Prozent) als bei ihren politischen Gegenspielern (77 Prozent).

Methodischer Steckbrief

Grundlage für die vorliegende Analyse bietet eine in den ersten drei Wochen nach der Abstimmung vom GfS-Forschungsinstitut realisierte Befragung. Die Stichprobenbildung erfolgte nach dem üblichen Vorgehen bei VOX-Analysen. Befragt wurden 1003 Stimmberechtigte, die nach einem kombinierten Random/Quota-Verfahren für Ortschaften und Personen ausgewählt wurden. Damit wird eine anteilmässige Vertretung der Sprachregionen, Siedlungsarten, Altersgruppen, Geschlechter und Berufe garantiert. In der Deutschschweiz wurden 700, in der Romandie 253 und in der italienischen Schweiz 50 Interviews realisiert.

Die Grösse der Stichprobe ergibt bei einer Zufallsauswahl ein Vertrauensintervall von +/- 3 Prozent. Das heisst, ein Tabellenwert von 50 Prozent liegt mit einer 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 47 und 53 Prozent.

- Die Datenauswertung erfolgte auf einer PC-Version des Statistikprogrammes SPSS. Die Interpretation der bivariaten Zusammenhänge stützt sich auf das Signifikanzniveau und das Zusammenhangsmass (in der Regel Cramer's V oder auch Phi Koeffizient).
- Cramer's V misst die Stärke der Beziehung zwischen zwei Variablen. Er nimmt den Wert 1 bei vollständiger Übereinstimmung und den Wert 0 bei keiner Übereinstimmung an. Werte unter 0.15 deuten auf einen nur sehr schwachen Zusammenhang hin.
- Die Signifikanz gibt die Irrtumswahrscheinlichkeit an, mit der ein Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit (schweizerische Stimmberechtigte oder Stimmende) angenommen werden kann. Ein Signifikanz-Niveau von höchstens 0.05 besagt, dass der Zusammenhang mit 95%iger Sicherheit gilt. Die Interpretation stützt sich nur auf signifikante Zusammenhänge. Merkmale, die weniger als 30 Nennungen aufweisen, werden nicht ausgewiesen oder mit einem Stern gekennzeichnet.



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 6. Juni 1993

Sibylle Hardmeier, Wolf Linder

Hauptergebnisse

Erste Abstimmungskommentare sowie Analysen der tatsächlichen Resultate auf Gemeinde- und Kantonsebene waren sich in der Interpretation des Abstimmungsausgangs einig: Bei der Abstimmung vom 6. Juni 1993 über die Volksinitiativen «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» und «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» sei es um eine politische Grundsatzfrage, um ein Plebiszit für oder gegen die schweizerische Armee gegangen. Die vorliegende VOX-Analyse bestätigt diesen Eindruck in weiten Teilen, liefert aber gleichzeitig auch Differenzierungen und weitergehende Interpretationen.

- «*Armeeabschaffung in Raten*». Dieses zentrale Argument des Abstimmungskampfes polarisiert die Schweiz und geht mit diametral entgegengesetztem Stimmverhalten einher: 57 Prozent der Stimmenden erklären sich mit der Aussage einverstanden; 37 Prozent können dieser Einschätzung nicht zustimmen. Entscheidend für die Abstimmung ist, dass die Wahrnehmung «*Armeeabschaffung in Raten*» auch verhaltensrelevant ist. Von jenen, die sich mit dem Befund einverstanden erklären, stimmten jeweils deutliche Mehrheiten nein (77 Prozent bei der Kampfflugzeug-Initiative und 78 Prozent bei der Waffenplatz-Initiative). Deshalb ist es zulässig, das Nein zu den Initiativen als *Plebiszit für die Armee* zu interpretieren. Ein Ja hingegen ist nicht zwingend ein *Votum gegen die Armee*. Als harte ArmeegegnerInnen können nur jene bezeichnet werden, welche die Ansicht der Abschaffung in Raten teilen und gleichzeitig ja stimmten. Das sind höchstens 23 Prozent bei der Kampfflugzeug-Initiative. Deshalb ist hier einzig der Schluss zulässig: Wer vom Argument «*Armeeabschaffung in Raten*» nicht überzeugt ist, gehört in der Regel zu den Ja-Stimmenden. Die Ja-Stimmenanteile in dieser Gruppe betragen 82 bzw. 81 Prozent.

- *Mobilisierung über Werte und Appell an Werthaltungen.* Bei der Abstimmung vom 6. Juni wurde erfolgreich an Werthaltungen appelliert: Die Beteiligung stieg, je ausgeprägter armee-kritisch oder armeefreundlich die Werthaltung ist. Gleichzeitig hat diese Werthaltung das Stimmverhalten ausserordentlich stark geprägt. Die Gruppe mit einer Werthaltung, die sich eindeutig an einem gesellschaftlichem Leitbild mit starker Armee orientiert, verwarf beide Initiativen beinahe geschlossen (92 Prozent).
- *Wirkungen der Kampagne.* Meinungsbildung erfolgt immer im komplexen Wechselspiel zwischen vorbestimmten Haltungen und Effekten der Kampagne. Im Vergleich mit der Abstimmung über die GSoA-Initiative vom November 1989 fällt eine deutlich geringere Vorbestimmtheit auf. Während bei dieser Initiative von Beginn weg klar war, dass es um die Abschaffung der Armee ging, wurde die Interpretation «Armeeabschaffung in Raten» für den Urnengang vom 6. Juni offensichtlich vor allem im Verlauf des Abstimmungskampfs aktuell.

Die Struktur der Entscheidungsmotive der Stimmenden sowie der Argumententest lassen darüber hinaus folgende Plausibilitätsschlüsse über die Wirkung der Kampagne zu: Sowohl bei der Kampfflugzeug- als auch bei der Waffenplatz-Initiative war die gegnerische Kampagne besonders überzeugend. Die Argumentationslinien der Nein-Stimmenden decken sich in weiten Teilen mit jenen der Kampagne; entsprechend hoch ist die Zustimmung zu den zentralen, gegnerischen Argumenten. Entscheidend ist, dass dieses Einverständnis offenbar auch verhaltensrelevant war. Wer den gegnerischen Argumenten zustimmt, stimmte in den allermeisten Fällen auch nein. Die befürwortende Kampagne war vor allem mit dem finanzpolitischen Argument zur Kampfflugzeug-Initiative erfolgreich. Sowohl bei den spontanen Motiven als auch beim Argumententest der Ja-Stimmenden erhält die finanzpolitische Sichtweise am meisten Unterstützung und ist ebenso verhaltensrelevant. Die umweltpolitischen und sicherheitspolitischen Argumentationen erfahren bereits weniger Unterstützung und/oder sind weniger verhaltensrelevant.

Plebiszitäre Grundsatzentscheide führen zu starken *Polarisierungen* unter den Stimmenden. Diese verliefen am 6. Juni besonders entlang politischer Orientierungen, aber auch gesellschaftlicher Merkmale: Mitglieder oder SympathisantInnen der SVP, FDP, CVP sowie von rechtsbürgerlichen Organisationen und politisch Rechtsstehende, Personen mit Vertrauen in die Landesregierung sowie gesellschaftlich Integrierte und Stimmberechtigte im Alter über 60 Jahren verwarfen beide Initiativen mit mindestens 62 Prozent Nein-Stimmenanteilen oder mehr. Umgekehrt gehören Mitglieder oder SympathisantInnen der GPS, SPS sowie von Organisationen der Friedensbewegung und politisch Linksstehende zu den eindeutigen BefürworterInnen. Ihre Ja-Stimmenanteile betragen mindestens 78 Prozent oder mehr. Auch politisch und gesellschaftlich weniger stark Integrierte stimmten überdurchschnittlich oft ja. Diese Polarisierungsmuster decken sich weitgehend mit bisherigen armeepolitischen Abstimmungen. Überraschender ist ein eher seltenes geschlechtsspezifisches Stimmverhalten: Die Unterstützung der Volksinitiativen liegt bei Frauen um 11 bzw. 12 Prozentpunkte höher als bei Männern. Dieses geschlechtsspezifische Verhalten steht nur beschränkt mit der armeepolitischen Werthaltung in Zusammenhang. Frauen sind zwar in der Gruppe, die sich eindeutig an einem Gesellschaftsbild mit starker Armee orientiert, untervertreten. Der Zusammenhang zwischen Geschlecht und Stimmverhalten ist jedoch auf der sachpolitischen Ebene ausgeprägter: Weib-

liche Stimmberechtigte unterstützen die sicherheitspolitische Argumentationslinie für die Flugzeugbeschaffung weniger stark als Männer. Dafür unterstützen sie die finanz- und sicherheitspolitischen Argumente der Pro-Seite signifikant häufiger als die Männer. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Waffenplatz-Initiative. Insbesondere die Argumentation, der Waffenplatz von Neuchlen-Anschwilien sei ein dringend notwendiger Ersatz für die Kaserne von St. Gallen, hat die Frauen weniger überzeugt als die männlichen Stimmberechtigten. Damit bestätigt sich ein Befund der VOX-Analyse zur Volksabstimmung über die GSoA-Initiative vom November 1989 in weiten Teilen: Die Frauen zeigen sich in der Armeepolitik reformfreudiger als Männer; wenn es aber um die Frage eines Ja oder Nein zum Militär geht, unterscheiden sich die beiden Geschlechter kaum.

Ausgeprägte Polarisierungen nach dem Schema politischer Orientierungen führen zu zwei wichtigen Schlussfolgerungen:

- *Keine Elite-Basis-Konflikte.* Die Basis befolgte zu weiten Teilen die Parolen ihrer Parteiverantwortlichen. Die Geschlossenheit bei SVP bzw. FDP beträgt mindestens 84 bzw. 83 Prozent; bei der CVP stimmten mindestens 70 Prozent nein. Auf der befürwortenden Seite zeigt sich die GPS mit je 96 Prozent Ja-Stimmen besonders geschlossen; bei der SPS liegt der Geschlossenheitsgrad bei 78 Prozent für die Waffenplatz-Initiative und 81 Prozent für die Kampfflugzeug-Initiative.
- Für den Abstimmungsausgang entscheidend sind die Parteiungebundenen und die in der politischen Mitte Stehenden. Sie beteiligten sich zu 64 bzw. 72 Prozent und machten damit einen Drittel bis die Hälfte der Stimmenden aus. Ihr Ja-Stimmenanteil bewegt sich beim schweizerischen Mittel bzw. liegt deutlich darunter.

Im Zentrum der Auseinandersetzung der Initiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» stand der Verhinderungsaspekt.

- Die Argumentationslinie der Nein-Stimmenden lautet: Sicherheit, Modernisierung, gegen die GSoA/für die Armee und für Arbeitsplätze. Sämtliche getesteten Argumente der Kontra-Seite finden im gegnerischen Lager breite Unterstutzungen zwischen 85 und 87 Prozent und sind in den meisten Fällen mit einem Nein an der Urne gekoppelt. Das gilt besonders für das Argument, der FA-18 sei das richtige Flugzeug für die schlagkräftige Verteidigung der Schweiz im schlimmsten Fall. Von jenen, die das Argument unterstützen, stimmten 90 Prozent nein. Nachdem im Abstimmungskampf umstritten war, ob der FA-18 zur Verteidigung der Unabhängigkeit oder als Eintrittspreis in ein militärisches Bündnis diene, zeigt der Argumententest zudem: Das Nein war auch stark isolationistisch motiviert.
- Die Ja-Stimmenden begründen ihren Willen zur Verhinderung vor allem finanzpolitisch. 91 Prozent der Ja-Stimmenden pflichten der Argumentation bei, der Kauf der Kampfflugzeuge sei eine Geldverschwendung. Diese Sichtweise motiviert denn auch sehr stark zum Ja. Die überdurchschnittlich hohe Zustimmung unter den Nicht-UrnengängerInnen und unter jenen, die sich auf der armeepolitischen Werthaltungsskala eher in der Mitte ansiedeln, legt im finanzpolitischen Argument ein wichtiges, zum Teil unausgeschöpftes Potential der Initiative offen. Gleichzeitig ist dies der wichtigste Hinweis dafür, dass die Entscheidungsfindung nicht nur entlang der Grundsatzfrage «Armee ja oder nein» verlief. Das Motivationsmuster der Ja-Stimmenden zeigt Parallelen zum sachpolitisch verwandten Rüstungsreferendum.



Im Zentrum der Auseinandersetzung um die Waffenplatz-Initiative stand der Begrenzungsaspekt «40 Waffenplätze sind genug». Damit stehen bei Nein- und Ja-Stimmenden armeerpolitische Entscheidungsmotive im Vordergrund:

- Die Nein-Stimmenden nehmen eine zentrale Argumentationslinie der Initiativgegner auf und halten die Modernisierung von Ausbildungs- und Waffenplätzen für unverzichtbar. 87 Prozent der Nein-Stimmenden sind mit der Aussage einverstanden, die Initiative verhindere eine sinnvolle Modernisierung der militärischen Ausbildung. Offenbar überzeugt dieses Argument stark. Mit dem Einverständnis geht in fast allen Fällen (82 Prozent) auch ein effektives Nein an der Urne einher.
- Die Ja-Stimmenden begründen ihr Verhalten vor allem mit dem Begrenzungsaspekt. 86 Prozent stimmen dem Argument zu, ein Ja bezwecke vor allem die Verhinderung des Waffenplatzes von Neuchlen-Anschwilen. Dieses Argument überzeugt am stärksten und geht deshalb in den meisten Fällen (80 Prozent) mit einem Ja an der Urne einher. Im Gegensatz dazu finden zwar umweltpolitische Argumente relativ breite Zustimmung, das Einverständnis ist aber weit weniger verhaltensrelevant. Entweder nehmen weite Kreise der Stimmenden diese Argumente gar nicht als wesentliche Bestandteile der Initiative wahr, oder sie entscheiden sich diesmal im aktuellen Konflikt zwischen armeer- und umweltpolitischen Anliegen offenbar für die Armee.